

## Dringlichkeitsantrag erklärt

In der niederösterreichischen Gemeindeordnung §46 Absatz 3 wird der Dringlichkeitsantrag wie folgt erläutert:

*Gegenstände, die nicht in die Tagesordnung aufgenommen sind, können nur dann behandelt werden, wenn der Gemeinderat hiezu seine Zustimmung gibt. Solche Anträge (Dringlichkeitsanträge) kann jedes Mitglied des Gemeinderates schriftlich und mit einer Begründung versehen vor Beginn der Sitzung einbringen. Der Antragsteller hat das Recht, seinen Antrag im Gemeinderat zu verlesen. Der Gemeinderat beschließt hierüber ohne Beratung. Der Vorsitzende hat nach Zuerkennung der Dringlichkeit vor Eingehen in die Tagesordnung bekanntzugeben, nach welchem Verhandlungsgegenstand diese Angelegenheit inhaltlich behandelt wird.*

Die Gemeindeordnung sieht eine Abstimmung in Bezug auf die Dringlichkeit ohne inhaltliche Beratung vor. Somit ist es unzulässig zu behaupten, dass bei Ablehnung der Dringlichkeit die ablehnende Mehrheit der Mandatare gegen den Antragsinhalt gestimmt hat. Die politischen Mitbewerber versuchen dies leider oft so darzustellen. Diese Sichtweise und die eventuell einhergehende mediale Aufmerksamkeit erscheinen ihnen wichtiger, als im Vorfeld in Verhandlungen mit der ÖVP zu treten. Wir laden alle Oppositionsparteien zur Vorbesprechung von Anliegen – egal ob dringlich oder nicht – im Vorfeld von Gemeinderatssitzungen ein. Bei entsprechender Abstimmung können auch auf diesem Wege Tagesordnungspunkte der Opposition zum Sitzungsgegenstand gemacht werden. Ob dies allerdings von allen Oppositionsparteien gewollt ist darf durchaus bezweifelt werden.



Mindestsicherung ja. Aber bei 1.500 ist Schluss.

volkspartei  
niederösterreich

**„Wer arbeiten geht,  
darf nicht  
der Dumme sein.“**

Wenn es nach SPÖ und Grünen geht, soll die Mindestsicherung bis zu € 2.000,- und mehr betragen. Monatlich. Netto.\* Das ist mehr als viele mit täglicher Arbeit verdienen. Wir in Niederösterreich sagen daher: € 1.500,- Mindestsicherung muss genug sein. Denn wir denken nicht nur an die, die sie bekommen. Sondern auch an die, die sie bezahlen.

\* z.B. für Haushalt mit 4 Kindern: € 2.020,- (ohne Familienbeihilfe).

Den Ärmsten müssen wir helfen.

Den Faulen nicht.

www.vpnoe.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber:

Volkspartei Niederösterreich, 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4;

Herausgeber: Volkspartei Ladendorf, Gemeindeparteiobmann Thomas LUDWIG, 2126 Ladendorf, Herrnlais 85 ; [thomasludwig@aon.at](mailto:thomasludwig@aon.at)

## Ladendorf

## aktuell

## Auf Initiative der ÖVP wurde ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 die flexible Nachmittagsbetreuung für Eltern die im Schicht- und Wechseldienst arbeiten eingeführt

Die Gemeinde Ladendorf bietet ab dem kommenden Kindergartenjahr eine flexible Nachmittagsbetreuung für Eltern die nachweislich im Schicht- und Wechseldienst beschäftigt sind (z.B.: PolizistInnen, Personen die in Pflege- und Krankenhäusern mit wechselnden Diensten arbeiten, usw.) an. Diese Maßnahme erachten wir als notwendig, da die Dienstpläne der Betroffenen oft erst zu Ende des Vormonats bekannt werden. Dadurch wird eine langfristige Planung im Voraus leider unmöglich für entsprechende Eltern(teile). Da ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 die Nachmittagsbetreuung nicht mehr zur Gänze von der Gemeinde gefördert wird, soll dieser Schritt die Kosten der Kinderbetreuung am Nachmittag für unsere Familien auf das notwendigste Maß reduzieren. Wir freuen uns, dass wir diese an uns herangetragene Anregung einiger Eltern mit Hilfe unseres flexiblen Personals so rasch und unbürokratisch umsetzen konnten. Details über den genauen Ablauf erfahren sie bei der Kindergartenleiterin.

## Termine

Sonntag 24.07.16

Eröffnungsfeier SC-Ladendorf

Ort: Sportplatz

Donnerstag 08.09.16 bis Samstag 10.09.16

ÖVP Sturmheuriger

Ort: Zeiler-Keller

## ÖVP unterstützt sinnvolle Verkehrsthemen die „bewegen“

Auf Initiative unseres Gemeinderates Alois Strobl, der gleichzeitig stellvertretender Obmann des Elternvereins der Volksschule Ladendorf ist, wurde ein Antrag des Elternvereins an die Gemeinde Ladendorf bezüglich **30 km/h Zone in Ladendorf** im Bereich vom Hauptplatz – über Volksschule und Kindergarten – bis zum Beginn des Schlossberges gestellt. Über diesen Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für „Umwelt und Verkehr“ am 30.05.2016 im Beisein von Vertretern des Elternvereins beraten. Die Ausschussmitglieder fassten einstimmig den Beschluss, dass die Gemeinde ein Ansuchen um eine diesbezügliche Verkehrsverhandlung an die zuständige Bezirkshauptmannschaft Mistelbach stellen soll. Dieses Ansuchen wurde noch in derselben Woche seitens unseres Bürgermeisters Manfred Hager versendet.



Durch die neue Umfahrung Mistelbach wurde der **Radweg Euro Velo 9** zwar für sportliche Hobbyradfahrer durchaus attraktiv gestaltet, jedoch hat dieser an Alltagstauglichkeit für Rad fahrende Pendler und Schüler verloren. Eine beliebte Ausweichroute, um Höhen- sowie Streckenmeter zu sparen, führt über die B40 vor Paasdorf. Gerade für Pendler, Schüler und Kinder birgt diese Route jedoch ein erhebliches Gefahrenpotenzial. Daher unterstützen wir das Ansuchen der Ladendorfer Pendlerinitiative auf Entschärfung der aktuellen Gefahrensituation bei Überquerung der Straße und hoffen auf eine vernünftige Lösung seitens der zuständigen Behörde. Diesbezüglich fand am 15.06.2016 eine Verkehrsverhandlung mit Begehung vor Ort statt. Zu Redaktionsschluss lagen uns noch keine Informationen zum Ausgang vor.

## Der Ladendorfer Stromgleiter

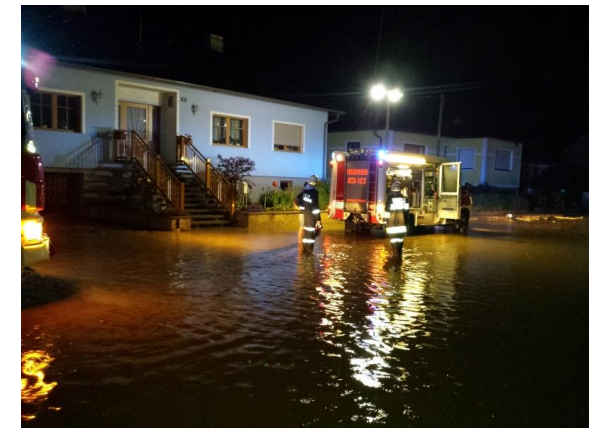
An dieser Stelle sei auf den Ladendorfer Stromgleiter hingewiesen. Es wurde mittlerweile sogar mehrfach in der NÖN darüber berichtet. Das Projekt liegt uns sehr am Herzen, da es einen sinnvollen Beitrag zur CO2-Reduktion liefert. Es bedarf allerdings einer gewissen Teilnehmerzahl um verwirklicht zu werden. Wer Interesse an einer Teilnahme hat oder weitere Details dazu wissen möchte, kann sich zu den Amtszeiten auf der Gemeinde Ladendorf informieren und sich Kontaktdaten der zuständigen Gemeinderäte Reinhard Schweiger (ÖVP) oder Werner Haas (MUT) besorgen. Für Interessenten aus Neubau steht Robert Holzer ebenfalls als Ansprechpartner zur Verfügung.

## Derzeit keine Windparkerweiterung geplant

In den vergangenen Monaten haben zwei Sitzungen mit potenziellen Windparkerrichterfirmen stattgefunden. In beiden Fällen wurde der Bürgermeister um einen Vorstellungstermin für Konzepte und Angebote gebeten. Auf seinen Wunsch fand dies vor dem Gemeinderat statt, damit alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen dieselben Informationen und Eindrücke erhalten. Schon im Verlauf dieser Sitzungen waren kritische Stimmen aus allen politischen Reihen zu hören. FPÖ und MUT sind trotz Anwesenheit bei diesen nicht öffentlichen Sitzungen mit den Windparkfirmen anscheinend überzeugt davon, dass die ÖVP hinter den Kulissen bereits eine Erweiterung des bestehenden Windparks oder die Errichtung eines neuen Windparks vorbereitet. Wir können das ganz klar und deutlich an dieser Stelle verneinen. Bis auf weiteres ist die ÖVP nicht an der Errichtung von weiteren Windkraftanlagen interessiert. Dennoch soll man unserer Ansicht nach die Gesprächsbereitschaft mit Windkraftanlagenerrichtern nicht kategorisch ablehnen. Und daher kann es auch in Zukunft zu Terminen und Sitzungen mit Errichterfirmen kommen ohne eine konkrete Erweiterungsphantasie zu spinnen.

## Unwettereinsatz in Ladendorf am 29. Mai

In der Nacht von Samstag auf Sonntag den 29.05.2016 ereignete sich ein schweres Unwetter in Ladendorf. Dieses führte unter anderem zu einer Überflutung der Hauptstraße und Kapellenstraße im Unterort. Die freiwillige Feuerwehr rückte um 0:30 Uhr zum Einsatz aus, welcher offiziell um 16:30 Uhr endete. Wir möchten an dieser Stelle den Feuerwehrmitgliedern und allen freiwilligen Helfern der Bevölkerung unseren Dank aussprechen. Unser Bürgermeister Manfred Hager verschaffte sich schon in der Nacht persönlich vor Ort ein Bild von der Lage um gegebenenfalls rasch notwendige Entscheidungen treffen zu können. Verantwortlich für die Überschwemmung sind der Starkregen und die dadurch ausgelöste Verstopfung der Kanäle mit Schnittgut und Schlamm. Der Regen hat einiges Material von umliegenden Feldern und der Grünschnittdeponie über den Markusweg auf die Hauptstraße gespült. Die von Fremdfirmen geleisteten Arbeiten in diesem Bereich wurden durch Gemeindevertreter inspiziert und hatten mit den Auswirkungen des Unwetters nichts zu tun. Man sollte unserer Ansicht nach hier erstens nicht zwei voneinander unabhängige Dinge vermischen – der Dringlichkeitsantrag zur Kontrolle von Kleinaufträgen hatte nichts mit den Arbeiten am Markusweg zu tun – und zweitens kein politisches Kleingeld aus dem Leid von Betroffenen schlagen.



Quelle Foto: FF Ladendorf



Quelle Foto: FF Ladendorf